



Resolution der Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen am 20. November 2024 in Bruchköbel

Kein erneutes Sonderopfer für die hessischen Beamtinnen und Beamten !

Die Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen fordert die Landesregierung auf, die geplante Verschiebung der Besoldungsanpassung zu überdenken und sicherzustellen, **dass die zweite Stufe der Anpassung der Beamtenbezahlung an den Abschluss des TV-H für die hessischen Beamtinnen und Beamten zum 1. August 2025 umgesetzt wird (wie es bereits seit Mai 2024 durch Gesetz beschlossen ist)**

Die geplante Verschiebung um vier Monate hat weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die finanzielle Situation von Beamtinnen und Beamten. Diese Entscheidung trifft nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt, sondern hat insbesondere für Frauen gravierende negative Auswirkungen.

Frauen im öffentlichen Dienst sind besonders häufig mit Herausforderungen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Pflege von Angehörigen konfrontiert. Eine verzögerte Besoldungsanpassung würde diese Belastungen zusätzlich verstärken und das Vertrauen in eine faire Bezahlung und Anerkennung von Arbeitsleistungen weiter erschüttern. Äußerst problematisch ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Frauen überdurchschnittlich oft in unteren und mittleren Besoldungsgruppen und/oder in Teilzeit arbeiten und daher von einer Besoldungsverschiebung in finanzieller Hinsicht besonders betroffen sind.

Eine weitere Verzögerung der Besoldungsanpassung gefährdet nicht nur das Wohl der Beschäftigten, sondern auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt. Es ist dringend notwendig, dass die Leistungen der Beamtinnen und Beamten, insbesondere in Krisenzeiten, angemessen honoriert werden.